Dulig: "SPD-Fraktion lehnt Streichung der Sonderzahlung für Beamte ab"

Veröffentlicht am 30.11.2010



Martin Dulig, Vorsitzender der sächsichen SPD-Fraktion, erklärt:

„Schwarzgelb gefährdet die Attraktivität des sächsischen Öffentlichen Dienstes."

Die SPD-Fraktion im Sächsischen Landtag lehnt die Streichung der Sonderzahlung für die Beamtinnen und Beamten des Freistaates und der sächsischen Kommunen entschieden ab.

Martin Dulig, Vorsitzender der SPD-Fraktion und Sabine Friedel, innenpolitische Sprecherin der Fraktion, besuchten heute die Mahnwache der Beamten vor dem Sächsischen Landtag. Dulig und Friedel erläuterten dabei Haltung der SPD-Fraktion: Demnach ist die Streichung der Sonderzahlung mit der verfassungsrechtlich gebotenen Fürsorge- und Schutzpflicht des Freistaates gegenüber seinen Bediensteten nicht vereinbar.

Dulig kritisiert: „Die ersatzlose Streichung der Sonderzahlung ist eine offene Missbilligung der guten und wichtigen Arbeit, die von den sächsischen Beamtinnen und Beamten, Richterinnen und Richtern geleistet wird. Unserem Ziel, einen modernen und leistungsfähigen Öffentlichen Dienst zu schaffen, kommen wir somit nicht näher. Ganz im Gegenteil: Der Wegfall der Sonderzahlung macht den sächsischen Öffentlichen Dienst äußerst unattraktiv für gut ausgebildete Bewerber. Wer will schon in Sachsen arbeiten, wenn er in einem anderen Bundesland wesentlich bessere Arbeitsbedingungen vorfindet?"

Die SPD-Fraktion hat einen Änderungsantrag in den Sächsischen Landtag eingebracht, um in den Haushaltsverhandlungen die Streichung der Sonderzahlung zu verhindern.

Lesezeichen erstellen/Beitrag suchen mit:

veröffentlicht in

IMPRESSUM KONTAKT RSS

facebook YouTube flickr twitter